

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

36. Ministerrat

4. November 2020

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom September d.J., mit dem eine Entschließung vom 13. August 2020 betreffend „Offenlegung sämtlicher Unterlagen in Bezug auf den Kriminalfall der Commercialbank Mattersburg AG“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Präsidenten des Vorarlberger Landtages vom 19. Oktober 2020, mit dem eine Resolution der Parlamentsversammlung der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (IPBK) vom 16. Oktober 2020 betreffend „Grenzüberschreitende Pandemieplanung und koordiniertes Vorgehen im Bodenseeraum“ vorgelegt wird.
3. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 16. Oktober 2020, mit dem ein Beschluss vom 16. Oktober 2020 betreffend „1-2-3-Ticket“ vorgelegt wird.
4. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 16. Oktober 2020, mit dem ein Beschluss vom 16. Oktober 2020 betreffend „Österreichischer Stabilitätspakt 2020 (ÖStP 2012); Aufteilung der zulässigen Mehrausgaben und Mindereinnahmen gemäß „general escape clause“ auf Länder und Gemeinden; Berücksichtigung der Mittel aus dem European Recovery Fund (ERP)“ vorgelegt wird.
5. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 16. Oktober 2020, mit dem ein Beschluss vom 16. Oktober 2020 betreffend „Personalmanagement Landeslehrer (PM-LL)“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Salzburger Gemeindeverbandes vom 14. Oktober 2020, mit dem eine Resolution der Pongauer Bürgermeisterkonferenz vom 8. Oktober 2020 betreffend „COVID-19 - Abwendung zusätzlicher schwerer gesundheitlicher, wirtschaftlicher und sozialer Gefahren und Nachteile für die gesamte Region“ vorgelegt wird.
7. Schreiben des Bürgermeisters von Mödling vom 12. Oktober 2020, mit dem eine Resolution vom 1. Oktober 2020 betreffend „Hilfeleistung bei humanitären Herausforderungen“ vorgelegt wird.
8. Schreiben des Bürgermeisters von Kapfenberg vom 15. Oktober 2020, mit dem eine Resolution vom 24. September 2020 betreffend „Aufnahme von minderjährigen Geflüchteten aus dem Lager Moria zu ermöglichen“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Bürgermeisters von Walding vom 14. Oktober 2020, mit dem eine Resolution vom 24. September 2020 betreffend „Bereitschaftserklärung zur Aufnahme von AsylwerberInnen aus dem griechischen Lager Moria“ vorgelegt wird.
10. Schreiben des Bürgermeisters von Marchtrenk vom 15. Oktober 2020, mit dem eine Resolution vom 8. Oktober 2020 betreffend „Leistbares Wohnen“ vorgelegt wird.

11. E 95-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2020 betreffend „Maßnahmen gegen das Gasthaussterben, vor allem in ländlichen Regionen“ (Wortlaut siehe Beilage).
12. E 96-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2020 betreffend „die aktuelle Situation in der Region Bergkarabach“ (Wortlaut siehe Beilage).
13. E 97-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2020 betreffend „die aktuelle politische Situation in der Republik Belarus (Weißrussland)“ (Wortlaut siehe Beilage).
14. E 98-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2020 betreffend „aktives Engagement für die Abschaffung der Todesstrafe“ (Wortlaut siehe Beilage).
15. E 100-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2020 betreffend „die Situation der Kurdinnen und Kurden, u.a. in Syrien“ (Wortlaut siehe Beilage).
16. E 101-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2020 betreffend „Vermittlung von Arbeitnehmer_innen in Kurzarbeit durch das AMS“ (Wortlaut siehe Beilage).
17. E 102-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2020 betreffend „Verbraucherbildung und Informationsmaßnahmen für KonsumentInnen im Bereich der Finanzdienstleistungen“ (Wortlaut siehe Beilage).
18. E 103-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2020 betreffend „Initiativen der Bundesregierung auf EU-Ebene zur Erhöhung des niedrigen Strafmündigkeitsalters in zahlreichen Staaten außerhalb Europas“ (Wortlaut siehe Beilage).
19. E 104-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2020 betreffend „Entwicklung einer Strategie zur Thematik und Risiken von Deepfakes“ (Wortlaut siehe Beilage).
20. E 105-NR/XXVII.GP vom 14. Oktober 2020 betreffend „Verrechtlichung des gesamtstaatlichen Krisenmanagements“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2020

betreffend Maßnahmen gegen das Gasthaussterben, vor allem in ländlichen Regionen

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, wird ersucht,

- konkrete Maßnahmen gegen das Gasthaussterben, vor allem in ländlichen Regionen, zu erstellen,
- konkrete Projekte zur unmittelbaren Kooperation (z.B. Plattformen zum Direktbezug von regionalen Lebensmitteln) zu fördern,
- Vorbildprojekte zwischen Tourismus und Landwirtschaft sichtbar zu machen,
- die Kooperation zwischen Österreich Werbung und Netzwerk Kulinarik zu intensivieren,
- Österreich als die wichtigste Kulinarik-Destination Europas zu positionieren und das Netzwerk Bioregionen innerhalb des Netzwerk Kulinarik auf- und auszubauen,

um damit einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe der Tourismusbranche besonders in strukturschwächeren Regionen zu leisten.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2020

betreffend die aktuelle Situation in der Region Bergkarabach

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht, auch weiterhin auf bilateraler und multilateraler Ebene für eine sofortige Einstellung der Kampfhandlungen und die Einhaltung des Völkerrechts, vor allem jenen völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz der Zivilbevölkerung und ziviler Infrastruktur, durch beide Seiten entschlossen einzutreten. In diesem Zusammenhang wird der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten ersucht, auf europäischer Ebene dafür einzutreten, dass die Europäische Union, humanitäre Hilfe für die betroffene Zivilbevölkerung zur Verfügung stellt und ihren Einfluss auf alle beteiligten Akteure im Konflikt um Berg-Karabach, geltend macht, um den Zugang zur humanitären Hilfe für die Versorgung der Zivilbevölkerung sicherzustellen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung ersucht, auch bilateral humanitäre Hilfe zu leisten.

Der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten wird ersucht, auf europäischer Ebene dafür einzutreten, dass die Europäische Union ihren Einfluss auf alle beteiligten Akteure, insbesondere die Türkei, geltend macht, um die äußere Einmischung in den Konflikt wie Waffenlieferungen an die Konfliktparteien zu stoppen und auf eine rasche Deeskalation hinzuwirken, eine nachhaltige Waffenruhe umzusetzen, sich- sofern es die COVID-19 bedingte Situation erlaubt- für eine rasche Rückkehr der OSZE Beobachter einzusetzen, und eine Rückkehr zum Verhandlungstisch zu erzielen. Ebenso wird der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten ersucht, sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Union einen inklusiven Friedensprozess aktiv unterstützt und sich für die nachhaltige Stabilisierung der Region einsetzt.

Zudem wird der zuständige Bundesminister ersucht, sich für eine friedliche Beilegung des Konflikts in Bergkarabach durch substantielle Verhandlungen unter der Schirmherrschaft der Ko-Vorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE einzusetzen und bei Bedarf direkte Gespräche in Wien zwischen Armenien und Aserbaidschan zu ermöglichen.

Entschließung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2020

betreffend die aktuelle politische Situation in der Republik Belarus (Weißrussland)

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht, auf europäischer Ebene die Sanktionen gegen Personen, die für Gewalt, Unterdrückung und Wahlbetrug in Belarus verantwortlich sind, zu unterstützen, laufend genau zu evaluieren/überprüfen und gegebenenfalls auch für eine Erweiterung einzutreten.

Zudem wird die Bundesregierung ersucht, in Einklang mit der Europäischen Union die Zivilgesellschaft bestmöglich zu unterstützen und sich für einen sofortigen Stopp von Ausweisungen von ausländischen Journalistinnen und Journalisten aus Belarus sowie gegen jegliche Behinderung von kritischem Journalismus im Land einzusetzen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung ersucht, weiterhin für ein sofortiges Ende der nicht hinnehmbaren Gewalt gegen friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten, die unverzügliche Freilassung aller willkürlich Verhafteter und die Rechenschaftspflicht der Verantwortlichen einzutreten.

Zudem wird die Bundesregierung ersucht, die Einsetzung einer Experten-Mission der OSZE, die möglichen Wahlbetrug und Menschenrechtsverletzungen in Weißrussland untersuchen soll, auch weiterhin zu unterstützen und sich innerhalb der Europäischen Union für ein Stipendienprogramm z.B. im Bildungsbereich einzusetzen, mit welchem die EU geflüchtete Oppositionelle – darunter viele junge Frauen – nach der Flucht aus Weißrussland unterstützen kann.

Weiters wird der zuständige Bundesminister ersucht, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass es rasch zu einem inklusiven nationalen Dialog kommt, die Bedingungen für eine freie und faire Wiederholung der Präsidentschaftswahlen, die auch von internationalen Wahlbeobachtungskommissionen beobachtet werden können, geschaffen werden und die belarussische Bevölkerung somit von ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch machen kann.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2020

betreffend aktives Engagement für die Abschaffung der Todesstrafe

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, werden aufgefordert,

- sich aktiv für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen und diesbezügliche Initiativen, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen, weiterhin mit Nachdruck voranzutreiben;
- sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Kommission im Rahmen des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte auch künftig einschlägige Projekte fördert;
- sich bilateral und im Rahmen der EU gegenüber Weißrussland mit Nachdruck dafür einzusetzen, alle bereits gefällten Todesurteile in Haftstrafen umzuwandeln;
- bilateral und im Rahmen der EU, den Dialog mit den USA mit Blick auf eine vollkommene Abschaffung fortzusetzen, um sich gemeinsam für die Abschaffung der Todesstrafe in der gesamten Welt einsetzen zu können und
- sich auch weiterhin bei allen Initiativen gegen die Todesstrafe eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten und diese in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Entschließung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2020

betreffend die Situation der Kurdinnen und Kurden, u.a. in Syrien

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht,

- sich weiterhin auf bilateraler und EU-Ebene für eine nachhaltige politische Lösung des Konflikts in Syrien einzusetzen, die auf Basis einer glaubwürdigen politischen Transition unter Wahrung der Einheit, Souveränität und territorialen Integrität Syriens in einem alle syrischen Parteien einschließenden Prozess unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu erarbeiten ist.
- sich auf EU-Ebene weiter für humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Syrien, inklusive der kurdischen Bevölkerung, einzusetzen, um die humanitäre Notlage, die durch die Covid-19-Pandemie und die Wirtschaftskrise verschärft wird, zu lindern, sowie durch fortlaufende Einbeziehung aller beteiligten Stellen bestehende österreichische Bemühungen im Bereich der humanitären Hilfe, wie die Sicherstellung der Versorgung mit Trinkwasser, in Syrien entsprechend weiterzuverfolgen.
- sich auf bilateraler und EU-Ebene für eine Verbesserung der menschenrechtlichen Situation und Achtung von Grundfreiheiten in der Türkei, insbesondere der Lage der Kurden, einzusetzen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2020

betreffend Vermittlung von Arbeitnehmer_innen in Kurzarbeit durch das AMS

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend, wird aufgefordert, das Arbeitsmarktservice (AMS) anzuweisen, Personen in Kurzarbeit automatisch als arbeitssuchend und vermittelbar zu definieren, um Arbeitnehmer_innen eine Vermittlung hin zu einem vollentlohnten und nachhaltigen Beschäftigungsverhältnis zu ermöglichen.

Entschließung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2020

betreffend Verbraucherbildung und Informationsmaßnahmen für KonsumentInnen im Bereich der Finanzdienstleistungen

Die Bundesregierung wird ersucht, Maßnahmen auszuarbeiten, wie Verbraucherinnen und Verbraucher künftig verstärkt über die für sie maßgeblichen bereits vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen im Bereich der Finanzdienstleistungen sowie über Möglichkeiten zur Schuldenprävention informiert werden können. Dazu gehören insbesondere

- eine verstärkte Eingliederung der Finanzbildung in heimische Lehrpläne,
- Informationsangebote über das gesetzliche Recht zum kostenlosen Wechsel des Zahlungskontos,
- die Information über den Bankenrechner (§ 10 VZKG)
- die Fortführung der Informationsarbeit zum Basiskonto und
- Informationen über existierende Beratungsangebote der gesetzlich anerkannten Schuldenberatungsstellen.

Entschließung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2020

betreffend Initiativen der Bundesregierung auf EU-Ebene zur Erhöhung des niedrigen Strafmündigkeitsalters in zahlreichen Staaten außerhalb Europas

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Justiz und der Bundesminister für Europäische und internationale Angelegenheiten, werden ersucht, die Problematik des menschenrechtswidrigen Strafmündigkeitsalters in zahlreichen Staaten der Welt zu thematisieren und sich auf internationaler Ebene weiter für eine Erhöhung des Strafmündigkeitsalters einzusetzen. Insbesondere auf Ebene des zuständigen Rates der Europäischen Union „Justiz und Inneres“ soll dies angesprochen werden, mit dem Ziel, ein gemeinsames Einwirken der Europäischen Union auf die betreffenden Staaten zu erreichen.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2020

betreffend Entwicklung einer Strategie zur Thematik und Risiken von Deepfakes

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, dem Nationalrat ein Konzept zum Umgang mit Deepfakes und einer Strategie zur Bekämpfung von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Risiken durch Deepfakes vorzulegen. Darin soll das Ziel verfolgt werden, frühzeitig Maßnahmen zur Eindämmung von Risiken zu finden.

Entschließung

des Nationalrates vom 14. Oktober 2020

betreffend Verrechtlichung des gesamtstaatlichen Krisenmanagements

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat ehestmöglich einen Gesetzesvorschlag zu unterbreiten, mit dem das gesamtstaatliche Krisenmanagement auf eine umfassende gesetzliche Grundlage gestellt und institutionalisiert wird, mit dem Ziel der Stärkung und Effizienzsteigerung des staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements. Integraler Bestandteil dessen sollen unter anderem

- eine klare Definition des Krisenfalles und dessen Ausrufung,
- klare Strukturen und Zuständigkeiten unter Beachtung der Bundes- und Länderkompetenzen,
- Mitwirkungs-, Protokoll- und Dokumentationspflichten, Informationsflüsse und Abläufe des Krisenmanagements in Normal- und in Krisenzeiten,
- sowie Maßnahmen zur Krisenvorsorge, der Krisenprävention, sowie der Krisenbewältigung, die auch vulnerable Gruppen, wie etwa Kinder und Menschen mit Behinderungen, berücksichtigen sein.